

Die Institutionalisierung der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft als ein neuer internationaler Akteur unter spanischer Führung

Gratius, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gratius, S. (2005). *Die Institutionalisierung der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft als ein neuer internationaler Akteur unter spanischer Führung*. (Brennpunkt Lateinamerika, 19). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444956>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 19

31. Oktober 2005

ISSN 1437-6148

Die Institutionalisierung der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft als ein neuer internationaler Akteur unter spanischer Führung?

Die Ergebnisse des 15. Iberoamerikanischen Gipfels in Salamanca

Susanne Grätius

Das wichtigste Ergebnis des Gipfeltreffens, das am 14. und 15. Oktober im spanischen Salamanca stattfand, war die Institutionalisierung und Konsolidierung der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft als internationale Organisation. Das neue Generalsekretariat in Madrid soll, unter der Leitung des Ökonomen und langjährigen Chefs der Interamerikanischen Entwicklungsbank Enrique Iglesias, die Entwicklungsprojekte koordinieren sowie die von Spanien angeführte Staatengemeinschaft international positionieren und als neuen Akteur profilieren.

Die Ergebnisse des Gipfeltreffens

Neben den Arbeitssitzungen der Präsidenten, die hinter verschlossenen Türen abgehalten wurden, fanden erstmals drei parallele Foren von Unternehmern, Parlamentariern und Vertretern der Zivilgesellschaft statt. Damit haben die Iberoamerikanischen Gipfeltreffen eine mit den *Summits of the Americas* und den europäisch-lateinamerikanischen Gipfeltreffen vergleichbare Struktur erhalten.

In Salamanca standen drei Themen im Mittelpunkt: die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft, Migration und die internationale Projektion der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft. Die Abschlusserklärung von Salamanca ist wie immer sehr allgemein gehalten und konzentriert sich vor allem auf soziale Fragen, während internationale Themen wie die UN-Re-

form zwar erwähnt, aber nicht konkretisiert werden.

Immerhin wurden in Salamanca zwei neue Vorschläge lanciert: ein *Canje de deuda por educación* und eine Iberoamerikanische Kulturcharta (*Carta Cultural Iberoamericana*). Außerdem beschlossen die Staats- und Regierungschefs im kommenden Jahr eine Sonderkonferenz zur Migrationsfrage einzuberufen, ein Thema, das vor allem für Spanien aufgrund der wachsenden lateinamerikanischen Zuwanderung (etwa 1,5 Millionen Lateinamerikaner/innen leben im Land) eine besondere Bedeutung hat.

Auf bilateraler Ebene gab die spanische Regierung in Salamanca bekannt, 65 Mio. Euro für die Opfer des Hurrikan Stan in Guatemala zur Verfügung zu stellen. Verglichen mit den etwa 350 Mio. Euro, mit denen die Europäische Kommission jährlich Projekte in ganz Lateinamerika fi-

nanziert, ist dies keine geringe Summe – vielmehr spiegelt sie wider, dass Solidarität innerhalb der Iberoamerikanischen Gemeinschaft nicht nur eine Worthülse ist.

Wie auf allen bisherigen Iberoamerikanischen Gipfeltreffen war Kuba auch in Salamanca wieder ein Thema. Diesmal störte sich die US-Regierung vor allem am Begriff „Blockade“ (statt Embargo) in der Abschlusserklärung und an der Unterstützung des Auslieferungsgesuchs von Luis Posada Carriles, dem Autor des „terroristischen Attentats“ von 1976, bei dem 73 Menschen ums Leben kamen. Vor allem Gastgeber José Luis Rodríguez Zapatero war jedoch daran gelegen, das Thema Kuba und andere nationale Agenden generell nicht in den Mittelpunkt zu stellen, da es Spanien in Salamanca vor allem um die internationale Profilierung der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft ging.

Iberoamerika als internationaler Akteur

Nach Ansicht des spanischen Regierungschefs Rodríguez Zapatero entstand in Salamanca ein „politischer Akteur auf internationalem Parkett“¹. *Iberoamérica – una voz propia en el mundo* (Iberoamerika – eine eigene Stimme in der Welt), lautete das Motto von Salamanca. Neben den üblichen Absichtserklärungen der 31 Punkte umfassenden Abschlusserklärung diente das Gipfeltreffen vor allem der internationalen Profilierung der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft durch ihren neuen Generalsekretär Enrique Iglesias.

Abgesehen von den 17 anwesenden Staats- und Regierungschefs – fünf hatten abgesagt² – war der Gipfel in Salamanca international hochrangig besetzt: UN-Generalsekretär Kofi Annan, OAS-Generalsekretär Miguel Insulza sowie der De-facto-EU-Außenminister Javier Solana, der Parlaments- und der Kommissionspräsident der EU unterstrichen das Interesse an einer internationalen Einbindung der bislang weitgehend selbstbezogenen Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft.

Die Iberoamerikanische Staatengemeinschaft entstand 1991, kurz nach dem Ende des Kalten Krieges und im Kontext des internationalen Trends zugunsten von Multilateralismus und Integration. Beide Konzepte bilden seither, zusammen mit Demokratie und Entwicklung, die Grundpfeiler der Iberoamerikanischen Staaten-

gemeinschaft, die sich bislang politisch allerdings kaum profiliert hat. Spanien und mit Einschränkungen Mexiko – der Gastgeber des ersten Gipfeltreffens 1991 in Guadalajara – waren die Initiatoren einer vorwiegend auf kulturellen Gemeinsamkeiten basierenden Gemeinschaft, die in den letzten drei Jahren sowohl in Spanien als auch in Lateinamerika an Bedeutung verloren hatte.

Das Bekenntnis zum Multilateralismus und zur friedlichen Konfliktlösung sind die beiden größten internationalen Nenner der Staatengemeinschaft. Da eine gemeinsame Position Iberoamerikas in der WTO an der Agrarpolitik und innerhalb des IWF am US-Veto scheitern würde, scheinen die Vereinten Nationen die geeignetste Plattform für eine engere Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Ein Konsens könnte im Bereich der Friedensmissionen, beispielsweise in Haiti, sowie bezüglich der Reform der UN (mit Ausnahme des kontroversen Sicherheitsrates) und hier insbesondere im Hinblick auf die von Rodríguez Zapatero vorgeschlagene „Allianz der Zivilisationen“ erzielt werden. Diese strebt – als Gegenentwurf des von Huntington prophezeiten *Clash of Civilisations* – Dialog und Zusammenarbeit zwischen den Kulturen an. In Salamanca wurde beschlossen, der spanischen Initiative durch die Unterstützung aller übrigen 21 Iberoamerikanischen Staaten (einer „Allianz des Westens“) Nachdruck zu verleihen.

Unabhängig von der künftigen Agendasetzung in der internationalen Politik, hat die Iberoamerikanische Gemeinschaft in Salamanca neue politische Impulse erhalten. Mit Enrique Iglesias könnte sich das Generalsekretariat SEGIB (*Secretaría General Iberoamericana*)³ als transnationale Institution etablieren und vor allem Spanien als eigentlichem Protagonisten Iberoamerikas zu größerem internationalen Ansehen verhelfen. Zwar ist die Institutionalisierung der Staatengemeinschaft nicht neu, denn schon 1999, auf dem IX Gipfeltreffen in Havanna wurde ein ständiges Sekretariat (das SECIB – *Secretario de Cooperación Iberoamericana*) mit Sitz in Madrid gegründet; es hatte allerdings kein politisches Mandat und war außerhalb Spaniens kaum bekannt.

Mit der Nominierung des parteilosen und international versierten Politikers Enrique Iglesias⁴

¹ <http://www.ciberamérica.org>, Madrid, 14.10.2005.

² Neben Fidel Castro hatten die Präsidenten von Ecuador, El Salvador, Guatemala y Nicaragua abgesagt.

³ Die Gründung des Generalsekretariats beruht auf einer Empfehlung des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, der 2002 mit der Reform der Staatengemeinschaft beauftragt worden war.

⁴ Er leitete 17 Jahre lang die IADB, war Generalsekretär der CEPAL und u.a. Außenminister von Uruguay.

zum Generalsekretär ist ein wesentlicher Schritt von einer kulturellen zu einer politischen Gemeinschaft vollzogen worden. Frühestens beim nächsten Iberoamerikanischen Gipfeltreffen Ende 2006 in Montevideo, der eigentlichen Heimatstadt von Iglesias, wird sich zeigen, ob es dem Generalsekretär gelingt, die Staatengemeinschaft international zu vernetzen und als neuen Akteur zu präsentieren.

Ein ehrgeiziges Projekt: Mehr als Francophonie, Commonwealth und die Amerikas?

Das erste Iberoamerikanische Gipfeltreffen 1991 im mexikanischen Guadalajara diente vor allem der politischen Legitimierung einer seit mehr als 500 Jahren bestehenden Kulturgemeinschaft der spanisch- und portugiesischsprachigen Staaten. Seither ist ein regelrechtes iberoamerikanisches System entstanden, das – wenn auch in einer wesentlich kleineren Dimension – vergleichbar ist mit der Francophonie oder dem interamerikanischen System.

Die Iberoamerikanische Gemeinschaft finanziert und verwaltet in Madrid 18 multilaterale Kooperationsprojekte⁵ (einschließlich eines *Fondo Indígena*); es sind zahlreiche gemeinsame Institutionen entstanden; es besteht ein reger akademischer Austausch; Universitätsdiplome sollen demnächst anerkannt werden, und der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos sprach bereits von einer künftigen „iberoamerikanischen Staatsbürgerschaft“⁶.

Die mit insgesamt 70 Mio. Euro dotierten Iberoamerikanischen Entwicklungsprogramme werden fast ausschließlich von Spanien finanziert, das darüber hinaus bilaterale Projekte in den einzelnen Ländern unterhält. Auch im kommenden Jahr wird Spanien wieder 40% seines Entwicklungsbudgets Projekten in Lateinamerika zur Verfügung stellen und ist damit innerhalb der EU inzwischen der wichtigste bilaterale Geber in der Region (zuvor nahm Deutschland den ersten Rang ein).

Dem spanischen Außenminister Moratinos zufolge soll sich die Iberoamerikanische Staatengemeinschaft jedoch nicht auf Entwicklungsprojekte und Gipfeltreffen beschränken, sondern gemeinsame Positionen in der Weltpolitik vertre-

⁵ In den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Technologie, Medien, öffentliche Politik und Verwaltung, Stadtplanung sowie kleine und mittelständische Unternehmen. Für eine Evaluierung der einzelnen Programme, siehe Sanahuja 2005.

⁶ El País, Madrid, 12.10.2005.

ten und weit über die Ziele ähnlicher Organisationen wie dem Commonwealth oder der Francophonie hinausgehen. Seiner Ansicht nach vereint die Mitgliedsstaaten Iberoamerikas schon heute eine viel größere Bandbreite an Werten und gemeinsamen Zielen.⁷

Bislang allerdings verfügte die erst seit 15 Jahren bestehende Iberoamerikanische Staatengemeinschaft weder über ein politisch legitimes Sekretariat, noch hatte sie – wie die Francophonie oder der Commonwealth – einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen inne.

Die drei Organisationen bzw. „kulturellen Makroregionen“ zeichnen sich durch folgende Gemeinsamkeiten aus: durch die engen historischen und kulturellen Bindungen zu den jeweiligen Ex-Kolonialmächten (Frankreich, Großbritannien und Spanien); ihre Schwerpunktsetzung auf so genannte weiche Themen wie Kooperation, Kultur und politischer Dialog; die Institutionalisierung durch ein ständiges Sekretariat; und die regelmäßige Abhaltung von Gipfeltreffen.

Tabelle 1: Die Organisationen im Überblick

	Commonwealth	Francophonie	Iberoamerika
Gründungsdatum	1931 (1867)	1970	1991 ⁸
Sitz	London	Paris	Madrid
Teilnehmerstaaten	53	53	22
Bevölkerung	(30% global)	80 Mio.	550 Mio. (9% global)
Gipfeltreffen	Alle zwei Jahre	Alle zwei Jahre	Jährlich
Beobachterstatus UN	Ja	Ja	(Nein)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Allerdings unterscheidet sich die Iberoamerikanische Staatengemeinschaft in drei Aspekten vom Commonwealth und von der Francophonie. Erstens ist sie geographisch und kulturell gesehen wesentlich einheitlicher als der Commonwealth und die Francophonie, deren Mitgliedsstaaten allen Kontinenten angehören und die so unter-

⁷ El País, Madrid, 12.10.2005.

⁸ Die Organisation Iberoamerikanischer Staaten für Bildung, Wissenschaft und Kultur (OEI) besteht seit 1949.

schiedlich sind wie beispielsweise Zypern und Indien oder der Kongo und Kanada. Zudem sind einige Staaten Mitglied in beiden Organisationen. Dahingegen ist Iberoamerika, nach den Worten Enrique Iglesias, „die Staatengemeinschaft mit der größten kulturellen, historischen und linguistischen Identität“ sowie „die bedeutendste Friedens- und Sicherheitszone“ (Iglesias 2005).

Ein zweiter Unterschied besteht in der mehr als 500 Jahre zurückreichenden gemeinsamen Kolonialgeschichte, die zwar für die kulturellen Affinitäten Iberoamerikas verantwortlich ist, aber im Gegensatz zum Commonwealth und zur Francophonie nicht den entscheidenden Ausschlag für die Gründung der Staatengemeinschaft und die Abhaltung von Gipfeltreffen gab. Insbesondere im Vergleich zum Commonwealth verbindet die Iberoamerikanischen Staaten eher die Gegenwart als die gemeinsame Vergangenheit, zumal Iberoamerika Teil der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen ist.

Drittens gilt Spanien trotz seines Protagonismus in der Staatengemeinschaft und dem historisch begründeten lateinamerikanischen Argwohn vor spanischen Machtambitionen⁹ weder als ein „Minihegemon“ noch als eine Großmacht. Die koloniale Vergangenheit liegt zu weit zurück, Spanien war bis vor kurzem ebenso wie viele lateinamerikanische Staaten ein Entwicklungsland, es ist weder im UN-Sicherheitsrat vertreten noch ist es eine Nuklearmacht.

Aufgrund dieser drei Unterscheidungsmerkmale hat Iberoamerika zumindest ein Potenzial als internationale politische Lobby, das weit über die Zielsetzungen des Commonwealth und der Francophonie hinausgeht. Zudem hat Iberoamerika durch die politische und wirtschaftliche Bedeutung Lateinamerikas für Spanien weniger mit diesen beiden europäischen Organisationen als mit dem interamerikanischen System gemein. Auch vom Profil her lässt sich Iberoamerika eher mit dem interamerikanischen System vergleichen als mit der Francophonie und dem Commonwealth.

Ist die Iberoamerikanische Staatengemeinschaft ein potenzieller Konkurrent zum interamerikanischen System? Den Abschlusserklärungen der Gipfeltreffen und ihrer regelmäßigen Verurteilung der „US-Blockade gegen Kuba“ nach zu urteilen, ist die Gemeinschaft zumindest in Ansätzen ein Gegenentwurf zum hemisphärischen System. Zudem hat sich Spanien, im Gegensatz zu den USA und trotz des gegen die konservative

Regierung von José María Aznar erhobenen Vorwurfs der multilateralen „Hegemonie“ (Arenal 2005b: 62), in Iberoamerika als kooperative Führungsmacht und nicht als unilateraler Akteur erwiesen.

Zudem dominieren im iberoamerikanischen System weiche Themen wie Kooperation, Dialog und Kultur, wohingegen Handelspolitik, politischer Druck und Militärhilfe im interamerikanischen System überwiegen. Begründet sich das interamerikanische System vorwiegend geographisch durch die Nachbarschaftsbeziehungen, sind die Kolonialgeschichte und die gemeinsame Kultur das Bindeglied der transatlantischen Iberoamerikanischen Gemeinschaft, die im Gegensatz zum interamerikanischen System weitaus stärker auf Konzepten wie Solidarität¹⁰ und Dialog beruht.

Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Systemen besteht im Umgang mit autoritären Regimes. Kuba ist Teil der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft, die keine Demokratieklausele enthält und deshalb bei jedem Gipfeltreffen mit der Kuba-Frage konfrontiert wird. Demgegenüber ist Kuba auf Druck der USA seit den 60er Jahren vom interamerikanischen System ausgeschlossen, das eine Mitgliedschaft an die Erfüllung formal-demokratischer Prinzipien knüpft.

Kultur ist im derzeitigen internationalen Kontext ein nicht zu unterschätzender politischer Machtfaktor. So gesehen, wäre es denkbar, dass das iberoamerikanische System trotz aller Schwächen langfristig eher überlebensfähig sein könnte als das interamerikanische. Allerdings geht vom Machtfaktor USA, wie sich auf dem kommenden *Summit of the Americas* Anfang November aller Wahrscheinlichkeit erneut zeigen wird, noch immer weit größere Magnetwirkung aus als von der *soft power* Spanien.

Kultur als Machtinstrument? Die „iberoamerikanische“ Führungsmacht Spanien

Das eigentliche Zentrum Iberoamerikas ist Spanien. Allein der Begriff „Iberoamerika“ ist ein spanisches Konstrukt, das in Lateinamerika nur selten benutzt wird. Gemessen an der Finanzierung ihrer Institutionen sowie der Anzahl der Experten und Publikationen zum Thema ist die Iberoamerikanische Staatengemeinschaft politisch gesehen eine spanische Erfindung, der sich

⁹ Der chilenische Diplomat Raúl Sanhueza bezeichnet Spanien als „Hegemonie“, siehe Sanhueza 2005.

¹⁰ In Salamanca kündigte Spanien Hilfsleistungen in Höhe von 65 Mio. Euro für die Opfer des Hurrikans Stan an.

1991 Mexiko als Gastgeber des ersten Gipfeltreffens anschloss.

In Lateinamerika werden die spanischen Machtambitionen in „Iberoamerika“ mit Skepsis und Passivität wahrgenommen. Dem chilenischen Diplomaten Sanhueza zufolge verstehen die Lateinamerikaner die Staatengemeinschaft nicht als etwas eigenes, sondern als ein von Spanien dominiertes Projekt. Darüber hinaus sei Spanien aus lateinamerikanischer Sicht kein Teil der Gemeinschaft, sondern ein externer Akteur, der von vielen Staaten noch immer als Großmacht wahrgenommen wird (Sanhueza 2005b).

Diese Perzeption sowie das geringe Engagement der lateinamerikanischen Länder erschweren einen Konsens innerhalb der Staatengemeinschaft und somit auch ihre Projektion auf der internationalen Bühne. Die bisher abgehaltenen 15 Gipfeltreffen decken eine große Bandbreite an Themen ab und spiegeln vor allem das Interesse der Mitgliedsstaaten an der Durchsetzung nationaler Agenden wider. Beispiele hierfür waren in Salamanca die Verurteilung der amerikanischen Sanktionspolitik gegenüber Kuba, die Klassifizierung der kolumbianischen FARC als terroristische Vereinigung, oder aber das mexikanische Anliegen, die Migrationsfrage im Rahmen der Iberoamerikanischen Gemeinschaft zu behandeln.¹¹

Bisher war Mexiko als größtes spanischsprachiges Land und nicht Brasilien als wichtigster *regional player* der aktivste lateinamerikanische Partner in der Gemeinschaft. Im mexikanischen Guadalajara fand der erste Gipfel statt, und der Leiter des bisherigen Kooperationssekretariats SECIB in Madrid war ein mexikanischer Diplomat. Generell gilt, dass die von Spanien dominierte Iberoamerikanische Gemeinschaft nur bedingt mit Brasiliens eigenen Ambitionen als Führungsmacht des Südens vereinbar ist (vgl. Lula da Silva 2005: 32-39) und dass Brasilien gleichzeitig einem zweiten Kulturkreis, der Lusophonie, angehört. Deshalb ist die in Salamanca angekündigte Entscheidung, Spanisch künftig als zweite Fremdsprache in den brasilianischen Schulen einzuführen, eine politische Weichenstellung zugunsten einer stärkeren Anbindung Brasiliens an das übrige Lateinamerika und an (Spaniens Projekt) Iberoamerika. Auch die Ernennung einer Brasilianerin (und eines Mexikaners) als Stellvertreter von Iglesias dürfte einen Beitrag zur Integration des Landes in „Iberoamerika“ leisten.

Angesichts des geringen Engagements Lateinamerikas in der Gemeinschaft wird es eine zentrale Aufgabe des Generalsekretärs Enrique Iglesias sein, eine gemeinsame Plattform „Iberoamerika“ zu schaffen, mit der sich auch die lateinamerikanischen Staaten identifizieren. Hilfreich wäre es zudem, wenn die Staatengemeinschaft neben politischen Absichtsbekundungen und gemeinsamen kulturellen Projekten auch einen praktischen Wert hätte. Nach dem Vorbild der Francophonie oder des Commonwealth wären die Entsendung gemeinsamer politischer Missionen zur Konfliktregulierung oder aber Wahlbeobachtung mögliche praktische Aufgaben der Iberoamerikanischen Gemeinschaft. Allerdings würde sie dann direkt mit der Organisation Amerikanischer Staaten konkurrieren und wäre nur noch bedingt „komplementär“ (wie es Enrique Iglesias formulierte) zu anderen Organisationen.

Bislang hatte Iberoamerika jenseits der üblichen Rhetorik keine gemeinsamen politischen Zielsetzungen. Yago Pico de Coaña zufolge sind Lateinamerika und Iberoamerika zwar unterschiedliche geographische Räume, sie gehören aber demselben Kulturkreis an (Pico de Coaña de Valicourt 2005: 131). Innerhalb der so genannten Gipfeldiplomatie und ihrer unterschiedlichen Ausrichtung (Wirtschaftsgipfel, politischer Gipfel, Kulturgipfel, sozialer Gipfel, Gegengipfel, etc.), gehörten die iberoamerikanischen der Kategorie Kulturgipfel an.

Ebenso wie die Francophonie oder das Commonwealth hat Iberoamerika als hybride Organisation einen eigenen, recht ambivalenten Status im internationalen System zwischen Kultur und Politik einerseits sowie zwischen regionalen und internationalen Organisationen andererseits. Ingo Kolboom (2004) spricht (mit Blick auf die Francophonie) deshalb von einem neuen Typ des kulturellen Regionalismus.

Weitaus stärker als die vor allem durch die Kolonialgeschichte geprägten Commonwealth und Francophonie ist Iberoamerika ein Beispiel für *soft power* durch kulturelle Bindungen einschließlich Sprache, Religion und Migration. So repräsentiert die Iberoamerikanische Gemeinschaft einen neuen Typus von internationalen Institutionen basierend auf einem „kulturellen Multilateralismus“. Im Unterschied zu allen übrigen Organisationen gründet Iberoamerika nicht auf vergleichbaren politischen oder ökonomischen Zielen oder auf geographischer Nähe, sondern auf gemeinsamen Werten, Sprache, Kultur und Religion.

¹¹ Vgl. Declaración final de Salamanca, 15.10.2005.

Erst langfristig wird man beurteilen können ob Kultur im Falle der Iberoamerikanischen Gemeinschaft auch eine Plattform für politische Integration im Sinne eines kooperativen Multilateralismus sein kann. Unabhängig aber vom Erfolg oder Misserfolg des Projekts Iberoamerika, ist Kultur im Zeitalter des „Clash of Civilizations“ ein nicht zu unterschätzendes Bindeglied im internationalen Kontext. Sollte es der Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft gelingen, sich als internationaler Akteur zu profilieren, würde Spanien als „Kulturmacht“ im internationalen System an Einfluss gewinnen. Zudem profiliert sich das Land mit seiner Allianz der Zivilisationen und dem Barcelona-Prozess auch als Brücke zwischen Europa und Afrika. So gesehen, könnte Spanien langfristig mit der eigentlichen „Kulturmacht“ Frankreich und der (weitaus heterogeneren) Francophonie konkurrieren.

Spanien als einzige Brücke zwischen Lateinamerika und Europa?

Neben der internationalen Profilierung strebt Spanien mit der Iberoamerikanischen Gemeinschaft eine „natürliche Brückenfunktion zwischen Lateinamerika und Europa sowie die Instrumentalisierung Lateinamerikas an, um sich in der EU-Außenpolitik zu profilieren“ (Sberro 2005: 114). Im Gegensatz zu den kaum institutionalisierten europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen und den unkoordinierten Gipfeltreffen, hat Iberoamerika immerhin einen ständigen Sitz mit einer eigenen Telefonnummer und einer international renommierten politischen Figur an der Spitze.

Mit dem neuen Generalsekretariat in Madrid hat Spanien die Iberoamerikanische Staatengemeinschaft politisch und international konsolidiert. Gleichzeitig setzte der Gipfel in Salamanca auch ein wichtiges politisches Zeichen zugunsten einer in Europa weitgehend vergessenen Region. Während sich Deutschland immer stärker zurückzieht und die EU insgesamt wenig Interesse an einer „Assoziierung“ mit Lateinamerika hat, verfolgt Spanien seine eigene nationale Agenda in Bezug auf seine ehemaligen Kolonien in Übersee und versucht, diese auch in den europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen durchzusetzen.

Letztere werden immer stärker von Spanien gestaltet: Allein die Präsenz von drei hochrangigen Funktionären spanischer und portugiesischer Nationalität in Salamanca demonstrierte erneut, dass Lateinamerika vor allem ein spanisches Anliegen ist. Umgekehrt gilt auch in Brüssel,

dass Lateinamerika zunehmend in spanischer Hand ist. Das ist einerseits positiv, da Spanien sein Interesse an der Region in den letzten Jahren verstärkt hat, andererseits aber verliert das Land in einer erweiterten EU an Einfluss, und schon allein deshalb sollte Lateinamerika seine Beziehungen innerhalb der EU stärker diversifizieren.

Unabhängig von der jeweiligen politischen Couleur der Regierungen ist die Iberoamerikanische Staatengemeinschaft für Spanien ein wesentliches Instrument und seit 1991 eine Konstante seiner Außenpolitik (vgl. Alántara Saéz 2005: 200). Das Projekt Iberoamerika, die strategische Allianz mit Lateinamerika, ist ein zentrales Element, das „Spanien auf der internationalen Bühne eine besondere Identität verleiht“ (Arenal 2005a: 237). Außenminister Moratinos zufolge ist Lateinamerika nach der EU der zweitwichtigste Pfeiler der spanischen Außenpolitik. Die Region hat vor allem wirtschaftlich an Bedeutung gewonnen: Zwei Drittel der spanischen Direktinvestitionen außerhalb der EU fließen nach Lateinamerika, und 5-6% der Ausfuhren – vergleichbar mit den Exporten der USA (ohne Mexiko) – gehen in die Region.

Es ist deshalb zu erwarten, dass Spanien seine Beziehungen zu Lateinamerika eher intensivieren als schwächen und die Iberoamerikanische Gemeinschaft als Plattform zur internationalen Profilierung und Durchsetzung eigener Interessen innerhalb der Lateinamerika-Politik der EU nutzen wird. Insofern kann Spanien, wie es Parlamentspräsident Josep Borrell formulierte¹², mit Hilfe der jetzt international aufgewerteten Iberoamerikanischen Staatengemeinschaft wirklich eine Brückenfunktion zwischen Lateinamerika und der EU wahrnehmen.

Dabei wird Spanien allerdings weniger gemeinschaftliche als eigene wirtschaftliche und politische Interessen durchsetzen und sich sicherlich nicht für eine (notwendige) Abschaffung der europäischen Agrarsubventionen einsetzen. So ist Iberoamerika aus spanischer Sicht weniger eine Brücke zwischen Europa und Lateinamerika als eine Plattform zur Stärkung des eigenen Gewichts in der EU und in der Welt. Darüber hinaus hat Salamanca gezeigt, dass Iberoamerika als Staatengemeinschaft und Gipfeldiplomatie eher überlebensfähig sein dürfte als die europäisch-lateinamerikanischen Gipfeltreffen oder gar eine 1999 in Rio de Janeiro anvisierte inter-regionale Assoziierung. Auch insofern war Salamanca nicht nur ein Gipfeltreffen mehr, sondern ein wichtiges politisches Signal.

¹² <http://www.ciberoamérica.org>, Madrid, 15.10.2005.

Literaturhinweise:

- Alántara Saéz, Manuel (2005): „Significado de las Cumbres Iberoamericanas para los gobiernos españoles“, en: Arenal, Celestino del: Las Cumbres Iberoamericanas (1991-2005): Logros y desafíos. Madrid: Fundación Carolina/Siglo XXI, S. 199-219.
- Arenal, Celestino del (2005a): „Las Cumbres Iberoamericanas ante el futuro“, en: ders. (Koord.): Las Cumbres Iberoamericanas (1991-2005): Logros y desafíos. Madrid: Fundación Carolina/Siglo XXI, S. 235-263.
- (2005b): „Las Cumbres Iberoamericanas: el largo y difícil camino hacia su institucionalización“, en: América Latina Hoy, Salamanca, August, S. 57-72.
- Iglesias, Enrique (2005): Informe del Secretario General Iberoamericano a la Cumbre. Salamanca, 14.10.2005.
- Kolboom, Ingo (2004): „Internationale Frankophonie – eine Brücke in der Globalisierung“, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Nr. 1, Bonn, S. 15-31.
- Lula da Silva, Luiz Inácio (2005): „Brasil, actor global“, in: Fraerman, Alicia: (Hrsg.): Iberoamérica: el mañana es hoy. Madrid: Comunica, 2005, S. 32-39.
- Sanahuja, José Antonio (2005): „Abriendo nuevos caminos: la cooperación iberoamericana, 1991-2005“, in: Arenal, Celestino del: Las Cumbres Iberoamericanas (1991-2005): Logros y desafíos. Madrid: Fundación Carolina/Siglo XXI, S. 143-177.
- Sanhuesa, Raúl (2005a): Salamanca: Luces y Sombras. Comentario FRIDE, Madrid, November.
- (2005b): Tribuna Americana, Nr. 9, Casa de América, Madrid.
- Sberro, Stéphan (2005): „Las paradojas mexicanas en las Cumbres Iberoamericanas“, en: Tribuna Americana, Nr. 9, Madrid, S. 102-119.
- Tribuna Americana (revista de reflexión política) (2005): Las Cumbres Iberoamericanas, Nr. 5, Madrid: Casa de América.
- Pico de Coaña de Valicourt, Yago (2005): „Las Cumbres Iberoamericanas como foro de concertación política“, in: Arenal, Celestino del (Koord.) (2005): Las Cumbres Iberoamericanas (1991-2005): Logros y desafíos. Madrid: Fundación Carolina/Siglo XXI, S. 107-143.

Autorennotiz:

Dr. Susanne Gratius ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und derzeit beurlaubt für eine Tätigkeit bei der *Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior* (FRIDE) in Madrid (<http://www.fride.org>).
E-Mail: sgratius@fride.org

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Nina Grabe und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg

im Erscheinen:

LATEINAMERIKA ANALYSEN

ISSN 1619-1684

Nr. 12, Oktober 2005, 158 Seiten

Artikel

Derk Bienen

Politischer Tango. Die politische Ökonomie von Arbeitsmarktreformen in Argentinien

Veit Straßner

Die *Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura* – ein neues Kapitel in der Aufarbeitung des Staatsterrorismus in Chile

Themenschwerpunkt: Recht und Gewalt in Lateinamerika (Ruth Stanley)

Carola Schmid

Rechtsbrüche von Polizisten und das Gewalt- und Steuermonopol des Staates

Roberto Briceño-León

¿Tiene la policía derecho a matar? El apoyo ciudadano a la violencia policial en Caracas

Laura von Mandach

Polizeigewalt und Straflosigkeit im Lichte der brasilianischen Strafverfolgung

Ruth Stanley

Quis custodiet ipsos custodes? Zur Interaktion staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle am Beispiel der inszenierten Verbrechen der *Policía Federal Argentina*

Rezensionen

Nähere Informationen, Abstracts und ausgewählte Volltexte im Internet:
www.duei.de/iik/lateinamerika-analysen/

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel.: 040/41 47 82 31 - Telefax 040/41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de - Internet: <http://www.duei.de/iik>